Hierauf brachte Singer denselben Antrag (§ 1a) als neuen § 1b ein. Nachdem Abg. v. Kardorff hervorgehoben, daß ein Antrag nicht zweimal eingebracht werden dürfe, brachte Abg. Stadthagen den § 1a als neuen Antrag § 1aa ein mit einem Zusatz, der sich auch gegen Kohlen- und Petroleumsyndikate wandte. Von freisinniger Seite wurde eine eingehende Enquete über die Syndikate gefordert. Staatssekretär Graf Posadowsky teilte Angaben über die Syndikate mit, die er als vertraulich betrachtet wissen wollte. Abg. Speck forderte die Einverleibung dieser Mitteilung in das Protokoll. Schließlich wurde der Antrag Stadthagen (§ 1aa) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, ebenso ein Antrag Brömel, welcher dem Bundesrat die Berechtigung gewähren sollte, mit Zustimmung des Reichstags die Zölle auf Erzeugnisse, für welche im Inlande Kartelle oder Betriebsmonopole bestehen, herabzusetzen oder aufzuheben, ebenso eine Resolution Fischbeck auf Veranstaltung einer Enquete über die Syndikate, sowie ein Antrag Singer auf Vorlegung des Materials betreffend die Kartelle.

Die Montagssitzung, über die wir gestern Raummangels wegen nicht sofort berichten konnten, verlief im wesentlichen wie folgt: Man verhandelt über den § 1 des Zolltarifgesetzes unter Außerbetrachtlassung der Minimalsätze. Da der Vorsitzende v. Kardorff erklärte, daß er die Beratung des zum ersten Absatz des § 1 des Zolltarifgesetzes gestellten sozialdemokratischen Antrags über die Aufhebung der Zölle auf Nahrungsmittel erst beim Zolltarifentwurf zulassen könne, beschloß die Kommission, ebenso wie den zweiten Absatz über die Minimalzölle auch den ganzen Absatz 1 des § 1 des Zolltarifgesetzes vorläufig zurückzustellen.

Die Erörterung wandte sich dem Absatz 3 des § 1 des Zolltarifgesetzentwurfs zu: „Auf die Erzeugnisse der deutschen Zollausschlüsse finden die vertragsmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen Anwendung, soweit nicht der Bundesrat Ausnahmen vorschreibt. Den Erzeugnissen der deutschen Kolonien und Schutzgebiete können die vertragsmäßigen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen durch Beschluß des Bundesrats eingeräumt werden." Abg. Stadthagen verlangte Zollfreiheit für die Einfuhr von Waren aus Deutschland in die deutschen Kolonien. Abg. Gothein sprach sich gegen diesen sozialdemokratischen Vorschlag aus, weil er der deutschen Einfuhr in den englischen Kolonien schaden werde. Staatssekretär Frhr. v. Richthofen erklärte, daß wir zum Teil vertragsmäßig hinsichtlich der Einfuhrzölle gebunden sind. Auch würde der sozialdemokratische Antrag das gesamte Finanzwesen der Kolonien brach legen. Staatssekretär Graf Posadowsky teilte mit, daß die Produktionsstatistik des Wirtschaftlichen Ausschusses der Zolltarifkommission zugehen werde. Abg. Singer drückte sein Erstaunen darüber aus, daß sich die Vertreter der konservativen Parteien und des Zentrums an der Verhandlung nicht beteiligen. Als sich der nationalliberale Abg. Paasche bald hierauf zum Wort meldete, fuhr ihn der Vorsitzende v. Kardorff derart heftig an, daß Paasche ganz erschrocken auf seinen Platz zurücksank. Abg. Singer erklärte weiter: Zölle auf deutsche Waren in den Kolonien würden die Besiedelung der deutschen Kolonien erschweren; es gehe doch nicht an, daß Deutsche in deutschen Kolonien deutsche Waren teurer beziehen müßten als die Deutschen im Mutterlande. Abg. Gothein wünscht die Gewährung der Meistbegünstigung für die deutschen Kolonien statt der von den Sozialdemokraten geforderten Zollfreiheit. Es sei vielleicht angebracht, den Absatz 3 überhaupt zu streichen. Damit ist der Zentrumsabgeordnete Spahn einverstanden, da dieser Absatz an sich nichts neues sage. Auch Unterstaatssekretär v. Fischer ist mit der Streichung dieses Absatzes zufrieden; es bleibe dann beim jetzigen Zustande. Inzwischen sind zwei Anträge von den Abgg. Fischbeck und Stadthagen eingegangen, welche verlangen, daß Ausnahmen, die der Bundesrat vorbehält, sofort oder bei dem nächsten Zusammentreten des Reichstags diesem mitgeteilt werden, sowie, daß sie außer Kraft treten, sobald der Reichstag ihnen seine Zustimmung versagt. — Abg. Singer bemerkt, es handle sich bei Absatz 3 der Vorlage darum, ob der Reichstag solle durch den Bundesrat außer Kurs gesetzt werden können. Vor einer Streichung müsse er warnen. — Staatssekretär Frhr. v. Thielmann erklärt, gegen die Anträge Stadthagen und Fischbeck grundsätzliche Bedenken nicht zu haben. — Nachdem Fischbeck sich ebenfalls gegen Streichung des Absatz 3 ausgesprochen, giebt Staatssekretär Graf v. Posadowsky eine Erklärung ab des Inhalts: Die verbündeten Regierungen seien bemüht, einen Zollkrieg, so lange wie irgend möglich zu vermeiden. Sollte aber trotzdem einmal die Notwendigkeit eines Zollkrieges eintreten, so seien sie auch gesonnen, ihn mit allen ihnen zustehenden Mitteln zu führen. Das sei der Zweck der Bestimmung in Absatz 3. Man könne der Regierung, die so viel zur Hebung des Handels gethan habe, doch nicht zutrauen, daß sie ohne Grund die Interessen der deutschen Industrie schädigen werde. Es handle sich bei der Vorlage nur um Bestimmungen in Zeiten der äußersten Not. Mit dem Zusatze des Antrages Stadthagen, betr. Mitteilung von Bundesratsbeschlüssen an den Reichstag, sei er einverstanden.

Nachdem der Abg. Stadthagen nochmals die sozialdemokratischen Anträge empfohlen und Abg. Gothein seine Anregung wiederholt hat, wird die Abstimmung vorgenommen. In dieser wurde einstimmig gemäß den Anträgen der Abgg. Fischbeck und Stadthagen dem Absatz 3 ein Zusatz gegeben, wonach die von dem Bundesrat erlassenen Einschränkungen wieder aufzuheben sind, wenn dies der Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt beschließt. Andere Anträge, welche auch unseren Kolonien unter allen Umständen die Meistbegünstigung wahren wollten, fanden bei der Mehrheit kein Gehör.

Im Reichstag

wurde am Dienstag die Etatsberatung zu Ende geführt, und der Etat nach der neuen Vereinbarung nur zu einem gewissen Teile der Budgetkommission überwiesen. In der Debatte zog zunächst noch der Fall Spahn seine Kreise. Herr Sattler setzte sich darüber noch einmal mit Herrn Bachem auseinander, beide kamen über edes kulturkämpferisches Gezänk nicht hinaus. Auch der elsässische Abbé Wetterlé mischte sich in den Streit und machte die bekannten Paritätsrücksichten geltend. Dem klerikalen Elsässer folgte der sich überall vernehmende Großindustrielle Schlumberger. Er konstatierte zunächst, daß sämtliche elsässischen Abgeordneten mit dem Zolltarif einverstanden seien. Sollte der bei der freisinnigen Vereinigung hospitierende Abgeordnete für Straßburg, Kiel, wirklich mit dem Vorredner einverstanden sein? Dann verteidigte er die Syndikate und Trusts und schließlich ließ er sich noch über Sozialpolitik vernehmen. Herr Schlumberger macht einen komischen Eindruck beim Reden; er wiegt sich in den Knieen und fuchtelt mit den Armen fortwährend in der Luft herum. So komisch diese Bewegung ist, so komisch sind auch seine sozialpolitischen Ansichten. Die Arbeitszeit für Kinder nannte er das Verrückteste, was der Reichstag beschlossen habe. 14—16jährige Kinder, die bloß 10 Stunden arbeiten, würde er zu den Bummlern und Faulenzern. Herr Schlumberger hatte mit diesen Aeußerungen einen großen Heiterkeitserfolg. Man lachte ihn gründlich aus. Nur Graf Posadowsky nahm ihn ernst und führte ihm später das Irrtüme seiner Bemerkungen zu Gemüte. Jetzt wollte Herr Schlumberger mißverstanden sein, aber auch seine zweite Erklärung stand auf nicht viel höherer Stufe als die erste. Die beste Rede zum Falle Spahn hielt der freisinnige Abg. Müller-Meiningen. Er verlangte, daß zu Professoren nur Männer der voraussetzungslosen Wissenschaft ernannt werden und niemand Professor werde, weil er einer bestimmten Konfession angehört. Den abwesenden Genossen Bebel vertrat unser Genosse Dr. Gradnauer. Er polemisierte gegen die Reden des Reichskanzlers und des Kriegsministers vom Sonnabend nachmittag und besprach noch einmal in klarer und präziser Weise die vom Kriegsminister eingeleitete Aktion wegen der Hunnenbriefe. Durch Vergleichung des Wortlautes der betreffenden Redestellen wies er nach, daß der Reichskanzler über die deutschen Soldaten im französischen Kriege härter geurteilt habe, als unser Genosse Bebel. Bezüglich der Wegnahme der Pekinger Instrumente kündigte er für die 2. Lesung eine Resolution an, die die Regierung zur Aufgabe der Instrumente auffordern soll. Der Kriegsminister wußte unserem Genossen nichts zu erwidern. Er blieb stumm auf seinem Platze. Die Debatte verflachte schließlich vollends. Die Herren Stockmann und Liebermann von Sonnenberg kamen noch einmal auf die Chamberlain-Affaire zurück. Mit einer Polemik zwischen dem Fürsten Radziwill und dem Abg. Dr. Sattler über galizische Schulverhältnisse lief die Debatte aus. Morgen steht die Interpellation Arenbe und Oriola betreffend die Kriegsinvaliden und Militärrentengesetzgebung auf der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Berlin, 14. Januar. Von den Abgg. Geyer, Molkenbuhr, Singer und Stadthagen (Sozialdemokraten) ist eine zweite Serie von 15 Anträgen zu den einzelnen Paragraphen des Zolltarifgesetzes eingebracht worden; eine größere Zahl betrifft die in § 3 enthaltenen Zollbefreiungen, die nach verschiedenen Richtungen hin erweitert werden sollen; ferner sollen die im Tarif nicht besonders genannten Waren (§ 6) zollfrei werden; schließlich verlangen sie ebenfalls (wie Antrag Fischbeck) die Zuständigkeit der gestundeten Zollbeträge. Abg. Fischbeck (freis. Volksp.) beantragt weiter folgende Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, sofort die Einsetzung einer aus Vertretern der verbündeten Regierungen und des Reichstages zusammengesetzten Kommission zu dem Zwecke zu bewirken, die geschäftliche Thätigkeit, Absatzbedingungen ꝛc. der deutschen Verkaufsvereinigungen (Syndikate, Trusts, Kartelle, Ringe ꝛc.) einer Prüfung zu unterziehen."

Zum Zolltarif hat Abg. Frhr. v. Heyl folgenden Antrag eingebracht: „Nr. 25: Tabakblätter, unbearbeitet oder nur gegoren (fermentiert) oder über Rauch getrocknet, auch in Büscheln, Bündeln oder Puppen — an Stelle des vorgeschlagenen Satzes von 85 M. per ein Doppelzentner zu setzen: 125 M. per Doppelzentner.

— Mit Unterstützung der nationalliberalen Fraktion hat der Abgeordnete Knappe im Abgeordnetenhaus folgende Interpellation eingebracht: Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung infolge der durch eine Verwechslung von Personen herbeigeführten Verhaftung eines durchaus unbescholtenen Elberfelder Bürgers Namens Kuhlenkamp zu treffen, um dem unschuldig Verhafteten Genugthuung zu verschaffen und im Interesse der allgemeinen Rechtssicherheit ähnliche Vorfälle in Zukunft zu verhüten? — Wie schnell und forsch doch unsere bürgerlichen Parlamentarier handeln können, wenn einmal ein Mitglied „besserer Kreise" von der Behörde gekränkt wird.

— Im Abgeordnetenhaus wird die Zentrumsinterpellation über die Vorgänge in Altenbeken, sobald die Besprechung der Interpellation der Polenfrage zu Ende geführt sein wird, zur Besprechung gelangen, worauf unmittelbar die Etatsberatungen beginnen werden. Minister Thielen hat sich bereit erklärt, die Interpellation sofort zu beantworten.

— Die erneute Verhandlung des Krosigkprozesses wird bereits in der ersten Hälfte des Monats Februar in Gumbinnen stattfinden. Marten wird kurz vorher dorthin gebracht werden.

— Noch ein Opfer des Hunnenzuges. Die Verlustliste Nr. 25 verzeichnet einen Toten, der in Berlin an Gehirnhautentzündung gestorben ist.

— Die Budget-Kommission des Reichstags ist zu Mittwoch einberufen worden.

— Dem Berl. Tageblatt zufolge hat der Erzbischof von Stablewski dem Wunsche der Regierung gemäß Instruktionen im Sinne der Mäßigung an den polnischen Klerus versandt. Wird den Polen ja sehr imponieren!

Im preußischen Abgeordnetenhause wurde am Dienstag die Beratung der beiden Polen-Interpellationen noch nicht zu Ende geführt, obgleich längst alles gesagt worden ist, was zu sagen war. Die Debatte bot wenig neue oder bemerkenswerte Momente. Das Interesse für die Materie war bei den Abgeordneten bereits wesentlich erlahmt, und auch die Tribünen waren nur dürftig besetzt. Graf Bülow, der vorübergehend im Saale sichtbar wurde, griff nicht wieder in die Debatte ein. Zunächst gelangten zwei Redner zum Wort, die sich über das gestrige antipolnische Pronunciamento des Ministerpräsidenten hochbefriedigt erklärten: der nationalliberale Abg. Sieg und der freikonservative Herr v. Tiedemann, einst als Chef der Reichskanzlei Bismarcks rechte Hand und später Regierungspräsident von Bromberg. Herrn Sieg hat an der Bülowschen Erklärung nur eines nicht gefallen: dieser Geistesverwandte des prügelfreundlichen Dr. Oertel möchte dem Religionsunterricht der polnischen Kinder den Bakel, der da haut, erhalten wissen. Der Pole v. Czarlinski antwortete in wirkungsvoller Weise; er plaidierte mit viel Temperament für die Erhaltung der polnischen Muttersprache und protestierte nicht ohne Feierlichkeit gegen die gestrige Rede des Reichskanzlers. In seiner Zitierung einer Aeußerung eines Herrn v. Treskow, es sei eine Thorheit von der Regierung, polnische Kinder deutsch zu unterrichten, fand der Präsident, Herr v. Kröcher, eine Beleidigung der Regierung.

Einige Ausführungen des polnischen Redners lieferten dem neuen preußischen Minister des Innern, Herrn v. Hammerstein, den Anlaß zu seinem parlamentarischen Debut. Der „neue Mann", der aus der Stille seines Metzer Bezirkspräsidiums so plötzlich in das grelle Licht der preußischen Ministerbank gerückt ist, mag ein bureaukratisch ausgezeichneter Beamter sein; die Gabe der Rede und der Diskussion ist ihm völlig versagt. Seine hohe Stimme tönt zwar laut durch den Saal, ist aber in ihrer rauhen Klangfärbung vielfach undeutlich zu verstehen. Die ganze Diktion des Ministers hat etwas Gequältes, fast Asthmatisches; mit einer gewissen mühsamen Hast rinnen sich die Sätze aus dem Munde des Redners los. Sachlich hatte er wenig Neues zu sagen. Er stellte nur ein paar Thesen auf, wie: „Die Amtssprache in Deutschland ist die deutsche." „Es existiert keine Nebenregierung in Deutschland." Wenig Glück hatte Herr v. Hammerstein mit seiner Behauptung, Abg. v. Czarlinski habe 1882 den Reichstag als „eine Zusammenkunft von Polen für ein künftiges polnisches Königreich" bezeichnet. In Wirklichkeit hat Herr v. Czarlinski etwas wesentlich anderes gesagt, und der Minister des Innern mußte unter Ausdrücken des Bedauerns den Rückzug antreten.

Für die freisinnige Volkspartei hielt Abg. Kopsch eine vom bürgerlichen Standpunkte aus recht verständige und eindrucksvolle Rede. Er forderte eine kulturelle Förderung des Deutschtums unter Schonung polnischer Eigentümlichkeiten; die Schule, nicht Schutzmann und Gendarm, solle der Träger der nationalen Assimilation sein. Abg. Kopsch gab interessante Details zu dem Schulelend in der Provinz Posen und wandte sich dagegen, daß man die gesamte moderne Pädagogik für die Wreschener Mißgriffe verantwortlich mache. Mit Recht warnte Herr Kopsch davor, den Religionsunterricht in der Schule zum Schauplatz nationaler Kämpfe zu machen.

Eine Beschwerde des oberschlesischen Geistlichen Glowatzki, eines Mitgliedes der Zentrumsfraktion, nötigte zum Schluß der Sitzung noch den Kultusminister Studt zu dem Eingeständnis, daß eine Verfügung eines westpreußischen Landrates existiere, die von den Lehrern Polizeispitzeldienste gegen die Geistlichkeit verlange.

Für Mittwoch war zunächst die Interpellation des Abg. von Savigny über das Altenbekener Eisenbahnunglück vorgesehen; im Interesse der Etatsberatung, die am Donnerstag beginnen soll, ist diese Angelegenheit jedoch zurückgestellt worden. So wird am Mittwoch die Polendebatte endlich ihren Abschluß finden. —

Arbeitslosenversammlungen und den Straßendemonstrationen der Arbeitslosen in Frankfurt a. M. gefolgt. Vom 14. Januar wird telegraphiert: Heute vormittag fanden zwei Arbeitslosen-Versammlungen statt, die von etwa 1400 Personen besucht waren. Referenten waren der Arbeitersekretär Genosse Graf und der Redakteur der Volksstimme, Genosse Dr. Quarck. Die Redner warfen vor allem der Stadtverwaltung vor, daß sie nichts für die Arbeitslosen thue, und die wenigen bisher geschaffenen Einrichtungen absolut ungenügend seien. Sie schlossen mit der Erklärung, wenn die heutige Stadtverordnetenversammlung nicht einen erheblichen Betrag zur Vornahme von Notstandsarbeiten bewillige, so würden die Arbeitslosen solange täglich Versammlungen abhalten, bis Abhilfe erfolge. In der schließlich angenommenen Resolution wurden die staatlichen und kommunalen Behörden ersucht, schleunigst für Arbeitsgelegenheit zu sorgen und bei Vergebung der Notstandsarbeiten an Unternehmer die Bedingung zu stellen, daß in erster Linie hiesige, verheiratete Arbeiter beschäftigt werden müssen. Die Versammlungen lösten sich ruhig und ohne jeden Zwischenfall auf.

Unserem Frankfurter Bruderblatt, der Volksstimme, entnehmen wir noch zur Ergänzung des obigen Telegramms: In der Versammlung im Gewerkschaftshause war auch ein höherer Regierungsbeamter aus Wiesbaden anwesend, der den Genossen Gräf ersuchte, doch dahin zu wirken, daß die Demonstrationen unterblieben. Der Redner betonte denn auch in seinem Referate, daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht ergründet würden durch Straßentumulte und Demonstrationen,

---

und sah den Vorsteher ratlos an; schließlich aber kehrte er zu dem für ihn entscheidenden Punkt zurück: „Ich habe Kaufbriefe vom Bischof in Christiansand" sagte er. „Damit basta!"

„Du könntest ja den Bischof fragen, wie es sich mit dem Tangstrand verhält," sagte Sören freundlich und sah ihn von der Seite an.

„Ja, das wäre noch zu überlegen, Sören," murmelte der Vorsteher. „Das könnte ja nicht teuer werden."

„Oder vielleicht wäre es noch besser, den König zu fragen," warf Sören hin und sah zum Fenster hinaus.

„Ja, der König steht über dem Bischof," meinte Njädel. „Ob er aber wohl auf so etwas antwortet?"

„Wenn wir die Sache dem Schiedsspruch des Ministeriums unterbreiteten —"

„Wie? Was sagtest Du?" fragte Njädel eifrig.

„Dem Ministerium," antwortete Sören und that, als ob er in der Sache genau bewandert wäre.

„Vorsteher!" rief Njädel. „Dort ist ja Anders. Jetzt besinne ich mich auf das Wort. Kommt es aber dann vor den König?"

„Jawohl," erklärte der Vorsteher. „Das ist der Weg zum König."

Njädel überlegte eine Weile. Der Vorschlag gefiel ihm weit besser, als ein Prozeß. Außerdem war ja Anders dort; er konnte sich der Sache annehmen; dann würde sie schnell und einmal für allemal erledigt; es war ja klar, daß er Recht bekommen mußte.

Sören that anfangs, als hätte er mehr Lust zu einem Prozeß; aber nachgiebig, wie er war, ließ er sich überreden. Schließlich nahm er es sogar auf sich, das Ganze zu ordnen, das Gesuch zu schreiben und einzusenden.

„Du mußt aber den Rechtsanwalt Tofte bezahlen, Njädel."

„Du hast den Streit angefangen, Sören!"

„Aber Du gräbst den Graben."

Schließlich brachte der Vorsteher sie dahin, sich in die Kosten zu teilen, und damit ging Sören Börewig seiner Wege.

Es war nun spät geworden, und der Vorsteher machte sich auf den Heimweg. Als er weggefahren war, ging Njädel in den Stall. Die Kühe — es waren sechs — brüllten und waren unruhig. Sie hatten kein Futter und waren nicht gemolken. Njädel machte sich an die ungewohnte Arbeit und verrichtete sie ungeschickt genug. Die Kühe kannten ihn nicht; außerdem war er so groß und seine Hände so hart, daß die Tiere gegen den Eimer schlugen und die Milch verschütteten. Njädel brummte und arbeitete, so gut er konnte. Es war aber bereits Nacht, als er fertig wurde.

Als er endlich wieder auf dem Hofe stand und sich aufreckte, nachdem er in dem Stall herumgekrochen war, sah er auf die See hinaus. Die Luft war leichter geworden, er konnte draußen im Sande noch den schwarzen Streifen des Grabens erkennen. Er freute sich darauf, mit gutem Gewissen die Arbeit an dem lieben Graben wieder aufnehmen zu können. Denn vom König mußte doch bald Antwort einlaufen, so viele Dampfschiffe als jetzt die Küste entlang verkehrten; und an seinem Recht konnte kein Zweifel bestehen.

Er freute sich auf die Enttäuschung Sören Börewigs und rechnete aus, wie viele Tage wohl vergehen könnten bis zum Eintreffen der Antwort.

Njädel goß die Milch in die Kannen, wobei viel daneben ging. Dann ging er hinauf, steckte den Kopf in Christines Kammer und sah sich im Halbdunkel um, während er die bekannte Luft einatmete. Dann verschloß er die Thür und steckte den Schlüssel zu sich; als er aber die Treppe hinunter ging, die in dem leeren Hause ganz ungewohnt laut knarrte, da fielen ihm Sören Börewigs Worte ein, daß der Gerechtigkeit Genüge geschehen sei.

Lange lag er da, ohne Schlaf zu finden. Sein Kopf hatte heute zu viel, seine Glieder zu wenig arbeiten müssen. Er vermißte das behagliche Müdigkeitsgefühl, das er sonst in Armen und Beinen spürte, wenn er sich im Bette ausstreckte; dagegen mußte er an allerhand Zeug denken, was sonst gar nicht seine Gewohnheit war. Und Njädel, der sonst mit einem schweren Gewitter um die Wette schnarchen konnte, wurde in dieser Nacht von der Katze im Schlafe gestört, die im Hause herumlief und in der Küche oder oben vor Christines Kammerthür miaute.

(Fortsetzung folgt.)